

## Info-Kasten

Seit 2001 sind Gemeinden verpflichtet, für alle Kinder der Altersstufe einen kostenlosen Platz in einer einjährigen Vorschule zur Verfügung zu stellen. Bereits 2000 nahm 90 Prozent aller Sechsjährigen am Vorschulunterricht auf freiwilliger Basis teil. Die Vorschule muss nicht der Gesamtschule angeschlossen sein, sondern gehört meistens zum Kindergarten oder zu einer Kindertagesstätte je nach Beschluss der Kommune. Die Ausbildung der Vorschulerzieherinnen und der Vorschulpädagoginnen und -pädagogen findet an den Universitäten statt.

Schuleintritt: mit sieben Jahren in Klasse 1 der neunjährigen Gesamtschule (peruskoulu), die landesweit die Regelschulform für die Grundbildung darstellt. Sie kennt keine Leistungsniveaueurse. Die Schüler können aber Fächer dazu wählen, z.B. je eine weitere Fremdsprache in Klasse 5 und Klasse 8. Die Schüler erhalten nach der 9. Klasse ein Abschlusszeugnis der Gesamtschule. Der Durchschnitt dieses Zeugnisses ist ausschlaggebend für die Aufnahme in die 3-jährige gymnasiale Oberstufe (lukio). Über den für die Aufnahme in eine bestimmte Oberstufe notwendigen Durchschnitt entscheidet die Kommune, zu der die Schule gehört.

Es gibt gegenwärtig etwa 450 Kommunen, die finnisch-, finnisch- und schwedisch- oder schwedischsprachig sind. Die Kommunen sind in der Regel die Schulträger, stellen Lehrer ein und bestimmen z.B. über Lehrpläne im Rahmen der für das ganze Land geltenden Richtlinien und über das Fremdsprachenangebot. Der Staat gibt entsprechend Zuschüsse: Im Durchschnitt erhalten kommunale Schulträger 57 Prozent staatliche Zuschüsse, andere Schulträger erhalten zehn Prozent weniger.

Zahl der Schulen: etwa 4 800 Schulen mit 866 000 Schülern.

- 4022 Gesamtschulen (davon etwa 90 in privater, 30 in staatlicher Trägerschaft, zu letzteren zählen z.B. alle Lehrerausbildungsschulen).
- Etwa 3100 Gesamtschulen haben eine Grundstufe (1-6) und etwa 600 Gesamtschulen eine Oberstufe (7-9). Es gibt 590 000 Gesamtschüler.
- 477 gymnasiale Oberstufen (Jahrgangsstufe 10-12) –95 Prozent kommunale, 5 Prozent private Träger -werden von 130 000 Schülern besucht und
- 302 berufliche Schulen von 164 000 Schülern
- Über 60 Prozent der Gesamtschüler gehen in die gymnasiale Oberstufe

Verbindliche zentrale Tests gibt es nicht, jedoch in verschiedenen Fächern freiwillige landesweite Arbeiten, die der Orientierung dienen können.

Das Zentralabitur wird im ganzen Land einmal im Frühjahr und einmal im Herbst abgenommen. Die Abiturprüfung besteht aus vier obligatorischen Prüfungen in den Bereichen Muttersprache, zweite Landessprache (Schwedisch für Finnischsprachige, Finnisch für Schwedischsprachige) sowie Mathematik oder Realien (z.B. Naturwissenschaften, Geschichte, Religion/Ethik). Die Lehrer aller Schulstufen studieren an den Universitäten. Studienabschluss für alle ist die Magisterprüfung.

Der Grundschullehrergehalt beträgt etwa 2000 Euro, der Fachlehrergehalt ca.2500 Euro, jeweils brutto.

Das Grundwochendeputat für Grundschullehrer beträgt 24 Stunden. Wenn ein Lehrer mehr unterrichtet, bekommt er jede Stunde extra bezahlt. Das Grunddeputat für Fachlehrer liegt niedriger. Zusätzlich zu den 19 Pflichtstunden können Fachlehrer sogar bis über 30 Stunden wöchentlich unterrichten. Jede Stunde, die über das Pflichtdeputat hinausgeht, wird gesondert bezahlt. In der

Regel haben die Mathematiklehrer die meisten, die Fremdsprachenlehrer die wenigsten Überstunden.

Außerdem werden häufig Stundenlehrer beschäftigt, die je nach Angebot und Nachfrage beschäftigt werden.

Die Fächer der Gesamtschule: Muttersprache und Literatur, die zweite Landessprache, drei weitere Fremdsprachen (davon eine obligatorisch), Umweltlehre, Religion oder Ethik, Geschichte, Gesellschaftskunde, Physik, Mathematik, Chemie, Biologie, Geographie, Sport, Musik, Kunsterziehung sowie Handarbeit und Hauswirtschaft. Dazu kommen freiwillige Kurse, fast in jeder Schule in Informatik.

Öffentliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Finnland 6,6 Prozent des BIP (EU-Durchschnitts 5,1)

Gesamtausgaben für das Bildungswesen in Finnland 7,3 Prozent des BIP (EU-Durchschnitts 6,0) und Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben an den öffentlichen Ausgaben insgesamt in Finnland 11,9 Prozent (EU-Durchschnitt 10,7).

Die Klassenstärke ist sehr unterschiedlich. In Fördergruppen werden oft 3-4 Schüler unterrichtet, Klassenstärken zwischen 22 und 28 gelten als normal, aber 30-40 Schüler in eine Gruppe v.a. in der gymn. Oberstufe ist keine Seltenheit.

Sitzen bleiben gibt es sehr selten.

Es gibt ab der Vorschulerziehung ein kostenloses Förder- und Betreuungssystem für alle Schüler und an Schulen sollen Sonderpädagogen (Stützunterricht in Kleingruppen), Gesundheitsfürsorger, Kuratoren (soziale Verbindung zum Elternhaus), Schulpsychologen und Schullaufbahnberater tätig sein. Wie gut diese Dienste in der Praxis umgesetzt sind, hängt auch von der finanziellen Situation der Kommunen ab. Manchmal teilen sich auch mehrere Schulen einer Gemeinde die Dienstleistungen.

Das Schuljahr umfasst 190 Schultage. Es fallen selten Stunden aus. Die Schulen können kurzfristig Ersatzlehrer engagieren, in der Regel Studenten oder Stundenlehrer.

## Pädagogik Artikel

MinR a.D. Dr. Riitta Piri

Rainer Domisch, Fachberater für Deutsch in Finnland

Sind es die langen dunklen Winter? Oder die nicht synchronisierten Filme im Fernsehen oder in den Kinos mit Untertiteln, die finnische Kinder und Jugendliche dazu bringen, ganz automatisch bis zum Alter von 16 Jahren Textmengen im Umfang von mehreren Romanen zu lesen? Ist es die nicht indogermanische und nicht ganz leichte Muttersprache? Das sind Fragen, die man seit der Veröffentlichung der Pisa-Studie im Dezember 2001 oft von Besuchern aus Deutschland, in der Mehrzahl Journalisten, Fernseh- und Radioreportern gestellt bekommt.

So leicht ist die Antwort auf das glänzende Abschneiden der finnischen Schüler in der Studie nicht. Denn auch in anderen Ländern, die nicht so gut abgeschnitten hatten, gibt es Untertitel im Fernsehen, und während der langen Winterzeit gibt es auch im hohen Norden außer Lesen eine Menge von vergnüglichen sonstigen Freizeitangeboten.

Ist Finnland das gelobte Land blühender Schullandschaften, in denen paradiesische Zustände Lehrer und Schüler in den siebten Himmel der Pädagogik versetzen? Bestimmt nicht. Ist die finnische Jugend von den Lasten und Versuchungen der modernen Zivilisation am Rande Europas verschont geblieben? Auch das nicht. Die in allen vergleichbaren Pisa-Ländern viel diskutierten Erziehungsprobleme in Familien und Schulen - wie z.B. der Rückzug der Familien aus der Erziehungsverantwortung, zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen oder zunehmende Drogengefahr - sind in Finnland in demselben Maße vorhanden wie sonst wo.

Aber man hat seit einem Vierteljahrhundert ganz konkret, unspektakulär und Schritt für Schritt Konzepte entwickelt und in die Praxis umgesetzt, die auf die finnischen Verhältnisse zugeschnitten sind und Lösungen auf die Herausforderungen der heutigen Welt bieten können. Und das wird bei Schulbesuchen an ganz normalen Gesamtschulen und gymnasialen Oberstufen und bei vielen Gesprächen vor Ort Pisa-Besuchern aus Deutschland klar.

Den deutschen Besuchern fällt in Gesprächen mit den für das Schulsystem Verantwortlichen die Unbefangenheit und Offenheit, die von Ideologie freie und sehr pragmatische Betrachtungsweise von Bildung und Schule auf. Diese Haltung dürfte ein Faktor sein für die im internationalen Vergleich so positiven Ergebnisse finnischer Schüler, wie sie in der Pisa-Studie weltweit, europaweit und vor allem deutschlandweit, mehr Aufsehen erregten als in Finnland selbst. Dazu berichten Besucher fast ausnahmslos von einer guten und zukunftsoptimistischen Grundeinstellung im Umgang zwischen Lehrern und Schülern und zwar auf allen Klassenstufen.

Die größten strukturellen Entscheidungen in der finnischen Schulpolitik sind im Jahr 1968 vom Parlament getroffen und zwischen 1972 und 1977 landesweit verwirklicht worden. Es handelte sich um den Abschied vom gegliederten Schulwesen und um die Einführung eines integrierten Schulsystems, dessen Kernstück die neunjährige Gesamtschule (peruskoulu) darstellt.

Gleichzeitig wurde die Stundentafel reformiert. Im Zuge dieser Reform lernen seit 25 Jahren alle finnischen Kinder u.a. obligatorisch zwei Fremdsprachen: Die erste ab dem 3. Schuljahr und die zweite ab dem Beginn des 7. Schuljahres. Seit einem Vierteljahrhundert und 20 Jahre vor dem Beitritt Finnlands zur Europäischen Union ist in dem Land im hohen Norden verwirklicht, was die Europäische Union im Jahr der Sprachen 2001 als (Fern)ziel für alle EU-Länder fordert: Außer seiner Muttersprache soll jeder EU-Bürger mindestens noch eine weitere Fremdsprache lernen.

Die politisch umkämpfte Einführung des Gesamtschulsystems vor 25 Jahren hat nur noch historische Bedeutung. Es gibt gegenwärtig im ganzen politischen Spektrum keine politischen Kräfte, die das Gesamtschulsystem in Frage stellen würden.

Man konzentrierte sich seit Jahrzehnten weiter auf Reformen: Das Schulsystem wurde in den 90er Jahren radikal dezentralisiert. Bereits davor hatten die Kommunen als Schulträger z.B. das Recht, über Lehrereinstellungen zu entscheiden.

Das Parlament entscheidet über die Gesetze. Die Regierung bestimmt die allgemeinen Prinzipien der Bildungspolitik (z.B. die schulpolitischen Richtlinien für jede Regierungsperiode, die Stundentafeln usw.), das Unterrichtsministerium und das Zentralamt für Unterrichtswesen sind für die Durchführung dieser Politik verantwortlich. Die Ziele der Schulbildung kurz gesagt: Erziehung zur Menschlichkeit und die Fähigkeit als Mitglied der Gesellschaft zu leben. Der Schüler, die Schülerin soll zu einem ausgeglichenen Menschen erzogen werden, der über ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein verfügt und seine Umwelt **kritisch** einschätzt. Im Unterricht soll er/sie die **dazu nötigen Kenntnisse** und Fertigkeiten vermittelt bekommen. Der Unterricht und die Erziehung sollen schulische Chancengleichheit, Gleichberechtigung und lebensbegleitendes Lernen fördern.

Tarifverhandlungen über Lehrergehälter laufen unabhängig vom Unterrichtsministerium und vom Zentralamt für Unterrichtswesen. Sie sind allein Verhandlungssache der Gewerkschaften und der kommunalen Dachorganisation. Dort wird auch über die Deputate der Lehrer und Schulleiter entschieden. Oft gewähren Kommunen Zuschläge für besondere Aufgaben und besonders gute Leistungen der Lehrer.

Die Dezentralisierung hat die Stellung der Kommunen, der Schulleitungen und der Schulen verstärkt. In den meisten Kommunen, zumindest in den großen, hat jede Schule einen eigenen Schulvorstand, der die fest angestellten Lehrer auswählt. Der Schulleiter ist für die Verwaltung und die pädagogischen Fragen zuständig, ist Vertreter im Schulvorstand und vertritt die Schule gegenüber der kommunalen Schulverwaltung und in schulpolitischen Fragen. Der Schulleiter ist praktisch für die Vorgänge in der Schule verantwortlich.

Die Aufgaben des Schulleiters hängen auch von der Größe der Schule und der Gemeinde ab. Er oder sie kann je nach Schulgröße einen oder mehrere Stellvertreter auswählen. In den 80er Jahren hat man viel darüber diskutiert, ob ein Schulleiter eine Lehrerausbildung bekommen muss und ob er auch eine Unterrichtsverpflichtung haben soll. Schließlich einigten sich die Interessenverbände darauf, dass Schulleiter sowohl Lehrer sein und eine Unterrichtspflicht haben müssen, um ein Gespür für den praktischen Unterricht zu bewahren. Die Gesetzgeber übernahmen auch die

Forderung, wonach jeder Schulleiter die für seine Schule vorgeschriebene Lehrerausbildung besitzen muss. Das Deputat der Schulleiter ist jedoch beträchtlich geringer als das der normalen Lehrer, in der Regel sind es wenige Wochenstunden. Wenn Eltern sich telefonisch oder per Email im Unterrichtsministerium über ihre Schule beschweren, bekommen sie über kommunal- oder schulinterne Fragen von den Beamten kaum eine Auskunft, bevor die Angelegenheit mit dem zuständigen Schulleiter oder anderen kommunalen Beamten geklärt worden ist. Dem Schulleiter folgen im Rang der Zuständigkeit die Beamten und Politiker in den Kommunen und erst danach folgen die staatlichen Behörden. Während der wirtschaftlichen Rezession Anfang der 90er Jahre hat man oft einer Person die Aufgaben der Schulleitung über mehrere Schulen, z.B. über eine Gesamtschule und eine gymnasiale Oberstufe, und manchmal sogar das Amt des Schuldezernenten übertragen. Und das war öfters eben eine Schulleiterin oder ein Schulleiter. Dieses Vorgehen wird stark kritisiert. Grundsätzlich haben die Kommunen in schulischen Dingen die Entscheidungsbefugnis und sie halten auch an ihr fest.

Das Zentralamt für Unterrichtswesen ist eine Fachbehörde, die für die Entwicklung der Bildungsziele, der Bildungsinhalte und der methodischen Richtlinien in der Gesamtschule, in der gymnasialen Oberstufe, in der beruflichen Bildung und in der Erwachsenenbildung zuständig ist. Es gibt keine speziellen Aufsichtsbehörden für Bildungseinrichtungen. Die regionale staatliche Verwaltung (5 Provinzen) ist zuständig bei geringfügigeren Beschwerden (z.B. Benotung, Schulaufnahme eines Schülers usw.).

Nach der weiteren Dezentralisierung erhielten die kommunalen Schulverwaltungen und die Schulen die Aufgabe, die Lehrpläne in eigener Verantwortung zu verfassen innerhalb offener national geltender Rahmenempfehlungen, die vom Zentralamt für Unterrichtswesen in breitem gesellschaftlichen Konsens vorgegeben wurden. Auch die Genehmigungspflicht von Schulbüchern fiel weg; jede Schule kann seit Jahren selbst entscheiden, welche Unterrichtsmaterialien Verwendung finden, wobei sich das Internetangebot zu einer häufig benutzten Quelle entwickelt hat.

Der Präsident des Zentralamtes für Unterrichtswesen in Finnland, Jukka Sarjala, der während der Einführung der Gesamtschule in den 70-er Jahren im Unterrichtsministerium als einer der Architekten der Reform wirkte, zitiert gerne den bereits legendären früheren finnischen Staatspräsident Urho Kekkonen: "Finnland lebt allein vom Wissen und Können seiner Bürger." Und er betont "aller seiner Bürger", denn Grundbildung für alle ist zur unumstrittenen Norm in der finnischen Schulpolitik geworden und auch geblieben.

Die Schule kann nicht die Gesellschaft verändern, sondern "die demokratische Gesellschaft hat die Schule verändert. Ein gegliedertes Schulsystem ist altmodisch

und passt nicht mehr in ein demokratisches Staatswesen“, so sieht es Präsident Sarjala. Und damit charakterisiert er wohl auch die offizielle Schulpolitik Finnlands.

Eine Grundbildung für alle während der neunjährigen Gesamtschule soll die Basis schaffen für die anschließende zweite Phase der weiteren Bildung.

Etwa 60 Prozent der Absolventen der Gesamtschule setzen ihre schulische Bildung in einer gymnasialen Oberstufe (lukio) fort. Der Übergang erfolgt je nach Durchschnittsnote im Gesamtschulabschlusszeugnis. Die beliebtesten Oberstufen haben die höchsten Aufnahmehürden, weil sich die meisten Schüler für sie bewerben. Kleinere gymnasiale Oberstufen nehmen fast alle Bewerber auf. Seit den 80-er Jahren wird der Lehrplan der gymnasialen Oberstufe in Kurse von jeweils etwa 38 Unterrichtsstunden unterteilt. Ein Schuljahr umfasst gewöhnlich 5 oder 6 Abschnitte. Die Oberstufen haben das klassenlose Kurssystem, in dem jeder Schüler mindestens 75 Kurse zu absolvieren hat, bevor er zur zentralen Abiturprüfung (Studentexamen) zugelassen werden kann. Für jeden Abschnitt wird ein eigener Arbeitsplan/Stundenplan erarbeitet, in dem der Schwerpunkt auf bestimmten Fächern liegt. Die Schüler bestimmen durch ihre individuelle Kurswahl ihre Lernfortschritte. Sitzen bleiben gibt es in der gymnasialen Oberstufe nicht; nur die Kurse mit schlechten Ergebnissen brauchen eventuell wiederholt werden.

Die gymnasiale Oberstufe dauert in der Regel drei Jahre. Das Zentralabitur können finnische Schüler aber je nach Leistungsstand und Lerngeschwindigkeit fächerweise und zeitversetzt frühesten nach zwei Jahren, spätestens nach vier Jahren, ablegen und zwar zu einem Frühjahrs- oder Herbsttermin. Prüfungen können auch wiederholt und/oder verbessert werden.

58 % eines jeden Abiturientenjahrganges beginnen ein Hochschulstudium an einer der 20 Universitäten oder an einer der 30 Fachhochschulen.

40 Prozent eines Schülerjahrganges besuchen eine berufliche Bildungseinrichtung, die in der Regel über eigene Lehrwerkstätten verfügen. Das duale System hat landesweit gesehen nur marginale Bedeutung.

An der Nahtstelle zwischen Gesamtschule und gymnasialer Oberstufe kann es ein freiwilliges Zusatzjahr, eine 10. Klasse geben, die motivierten Schülern helfen soll, den Übergang in die zweite Schulausbildungsphase zu erleichtern.

Angesprochen auf die vergleichsweise hohe Zahl der Abiturienten und Hochschulabsolventen und deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, bemerkt ein hoher Beamter: ” Ziel unserer Schule ist es, Kindern und Jugendlichen individuell zu so viel Bildung wie nur möglich zu verhelfen. Denn davon leben wir alle.“ Das Prinzip ´so viel Förderung für alle wie möglich und so geringe Auslese wie möglich` zieht sich durch alle bildungspolitischen Entscheidungen im Lande. Chancengleichheit und Bildungsförderung ist ein allgemeiner Grundsatz. Er spielt eine entscheidende Rolle

beim Versuch, regionale, soziale und geschlechtsspezifische Unterschiede der Bildungschancen abzubauen. Diese Unterschiede treten bei Untersuchungen von Lernergebnissen vor allem nach der Gesamtschule und bei den zentralen Abiturprüfungen auf.

Die Auslese auf Grund sozialer Herkunft ist durch das Schulsystem bereits auf ein Minimum beschränkt. Geschlechtsspezifisch gibt es Unterschiede bei der Fächerwahl und bei Lernerfolgen (z.B. wählen Jungen in der Gesamtschule weniger Fremdsprachen als Mädchen, mehr Mädchen als Jungen legen das Abitur ab). Regionale Unterschiede sind vor allem bei den zentralen Abiturprüfungen festzustellen: Nordkarelische Schüler im Nordostteil des Landes oder in Lappland zeigen im Durchschnitt schwächere Leistungen als Abiturienten in Südwestfinnland. Ergebnisse dieser Art werden von der Abteilung für Evaluation im Zentralamt für Unterrichtswesen sorgfältig registriert und man ist bemüht, hinter die Ursachen dieser Unterschiede zu kommen. Landesweite und regionale Konzepte in der Lehrerfortbildung z.B. sollen die Faktoren der unterschiedlichen Chancenausgangslagen abschwächen helfen.

Zwei große Projekte u.a. zählen in den 90er Jahren dazu: ein mathematisch-naturwissenschaftliches Projekt (LUMA) und ein Fremdsprachenprojekt (KIMMOKE. Im Jahr 2001 wurden das Projekt "Virtuelle Schule" und ein 2002 wird ein Qualitätssicherungs- und Fremdsprachennachfolgeprojekt von KIMMOKE gestartet. Ebenfalls wird nächstens ein „Leseprojekt“ gestartet.

Wie Projektplanung und -durchführung in die Schulwirklichkeit umgesetzt wird, sei am Beispiel des KIMMOKE-Fremdsprachenprojektes demonstriert:

Das Projekt wurde 1994/1995 landesweit vom Zentralamt für Schulwesen ausgeschrieben - im Auftrag des Unterrichtsministeriums - und die Kommunen konnten sich für die Aufnahme in das Projekt bewerben. Voraussetzung war, dass eine Kommune eine Grundstufe der Gesamtschule (Klassenstufen 1-6), eine Oberstufe der Gesamtschule (7-9), eine gymnasiale Oberstufe, eine berufsbildende Schule und eine Einrichtung der Erwachsenenbildung als Projektschulen einbringen würden. Ferner mussten die Gemeinden ihre aktive Teilnahme und die Freistellung und Unterstützung der Lehrkräfte für Fortbildungsarbeit garantieren.

Folgende Projektziele hatte man gesetzt:

- 1) Größere Vielfalt des Fremdsprachenangebotes und landesweite Einführung einer zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 der Gesamtschule.
- 2) Verstärkung des bilingualen Unterrichtsangebotes
- 3) Weiterentwicklung der Lehr- und Lernmethoden (wie z.B. des europäischen Sprachenportfolios, Grundlage des Europäischen Referenzrahmens für die Lehrpläne)

- 4) Entwicklung der schulischen internationalen Beziehungen, interkulturelles Lernen, Entwicklung von Kulturkompetenzen
- 5) Einsatz der Informationstechnik im Unterricht
- 6) Entwicklung mündlicher Fertigkeiten im Fremdsprachenunterricht

Die Projektschulen konnten sich mehreren der sechs Netzwerke, die jeweils ein Projektziel verfolgten, anschließen.

Die sechs Netzwerkkoordinatoren wurden von je einer Projektkommune/Projektschule gestellt und jedes Netzwerk hatte eine Verbindungsperson im Zentralamt für Unterrichtswesen.

Neben regelmäßigen lokalen und regionalen Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen - die Finanzierung wurde zum größten Teil vom finnischen Unterrichtsministerium getragen – gab es während der fünfjährigen Projektdauer jährlich zwei landesweite Konferenzen, bei denen der Stand der Netzwerkarbeit vorgestellt wurde. Den Abschluss des gesamten Projektes bildeten zwei große Schluss-Seminare im September 2001.

Die Pilotschulen waren verpflichtet, Konzepte und Ergebnisse mit anderen Schulen innerhalb der Pilotgemeinden zu teilen und multiplikatorisch ihre Erfahrungen weiter zu geben. Die Pilotgemeinden erklärten sich bereit, entsprechend mit Nachbarkommunen zu kooperieren.

Nach einer Umfrage, die etwa zur Projekthalbzeit gemacht wurde, gaben zwei Drittel der Lehrerinnen und Lehrer in den Pilotschulen an, über die Ziele gut informiert zu sein und über die Hälfte der Lehrerinnen und Lehrer erklärten, von der Projekt- und Fortbildungsarbeit täglich im Unterricht praktischen Nutzen zu haben.

Im April 2002 wird eine neues landesweites Fremdsprachenprojekt gestartet, das der weiteren Qualitätsentwicklung und zur Sicherung der erreichten Qualität dienen soll. Bei diesem neuen Projekt gibt es keine quantitative Begrenzung der teilnehmenden Kommunen und Schulen. Die Netzwerkarbeit wird von den Kommunen und Schulen selbst organisiert. Das Zentralamt für Unterrichtswesen wird Fortbildungshilfe leisten, landesweite und regionale Seminare und Kongresse organisieren und das Projekt begleiten.

Eine Grundschullehrerin fasste ihr Empfinden bei einer der Schlussveranstaltungen nach dem KIMMOKE-Projekt in die Worte: „Dieses Projekt hat das Zentralamt nah und anfassbar gemacht, kurz es hat ihm ein Gesicht gegeben.“

Diese individuelle Erfahrung mit der früheren Aufsichtsbehörde entspricht dem Ziel, das sich das Zentralamt seit Jahren gesetzt hat: Hilfe und Begleitung bei schulischer Entwicklung statt Aufsicht über Entwicklungen.

Auf ähnliche Weise entstand im Jahre 2001 das landesweite Projekt „Virtuelle Schule“, für das 400 von über 1000 sich bewerbenden Schulen ausgewählt wurden. Innovation im Unterricht und im Schulwesen wird **heute** in Finnland als gemeinsame Aufgabe von Schulen und Schulverwaltung betrachtet, wobei die letzte

Verantwortung, die Umsetzung in die Schulpraxis auf der Ebene der Kommunen und der Schulen liegt.

Lehrerverbände und Lehrgewerkschaften verfügen über eine traditionell starke Stellung. Lehrer haben Streikrecht, genießen aber als einmal fest Angestellte mit einer Planstelle einen ähnlichen Kündigungsschutz wie Beamte in Deutschland. Eine große Lehrplanreform auf allen Schulstufen des allgemeinbildenden Schulwesens wurde im Herbst 2001 begonnen und soll bis zum Jahr 2004 abgeschlossen sein. Neben den Experten des Zentralamtes sind Vertreter aus über 100 Kommunen und Lehrer aus mehreren hundert Schulen von Anfang an der Diskussion und bei der Entwicklung beteiligt. Man möchte einen möglichst großen Konsens und eine möglichst hohe Akzeptanz der neuen Lehrpläne im ganzen Land erreichen.

Elternarbeit geschieht hauptsächlich auf der Ebene der Klassenpflegschaft und der Schulen oder des Schulvorstandes.

Für jeden finnischen Staatsbürger beginnt ab dem 7. Lebensjahr die zehnjährige Schulpflicht. Die Schulpflicht endet mit dem 17. Lebensjahr oder mit der Absolvierung der 9. Klasse der Gesamtschule. Es gibt in Finnland keine gesetzliche Schulpflicht in Form von Anwesenheitspflicht in der Schule. Die Schüler könnten theoretisch entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten auch auf andere Weise erwerben. Trotzdem besuchen praktisch alle Finnen die 9-jährige Gesamtschule.

Nach dem Gesetz haben alle Eltern das Recht, jeder Zeit den Unterricht zu besuchen, ein ebenfalls eher theoretischer Anspruch, der aber schulische Bildung ganz grundsätzlich zu einer res publica macht.

Die im Vergleich zu anderen Ländern vergleichsweise hohe gesellschaftliche Stellung der Lehrer im Land – ihr Ansehen und das der Polizei stehen oben in der Wertschätzungs-Skala – hat vielleicht mit der traditionellen Stellung der Schule zu tun und der damit verbundenen Wertschätzung des Lehrers in der vorindustriellen Gesellschaft als „ylioppilaslakki“, als wandelnde „Studentenmütze“ zu tun. Schüler und Lehrer duzen sich grundsätzlich, wobei Lehrer von Kindern häufig mit ihrer Berufsbezeichnung angeredet werden: Ope(ttaja), voitko auttaa minua? – Lehrer/in, kannst du mir mal helfen? Häufig wird auch der Vorname des Lehrers/der Lehrerin gebraucht. Dieses partnerschaftliche aber keineswegs autoritätsfreie Verhältnis bestimmt grundsätzlich die Atmosphäre an finnischen Schulen, wobei wie schon erwähnt alle satzungsbekanntenen Erziehungsprobleme genauso zum Schulalltag gehören wie in jedem anderen Land.

Eine deutsche Journalistin, die kürzlich bei Pisa-Recherchen eine Reihe von finnischen Schulen besucht hatte, brachte die für sie wesentlichen Eindrücke bei ihren Schulbesuchen auf den Nenner: Ich kann hier kein Aggressionsklima spüren.

Finnland ist ein relativ monokulturelles Land. Zwar ist Schwedisch neben Finnisch die zweite Landessprache, doch kann man mit Recht behaupten: Es ist ein zweisprachiges Land, in dem fast nur eine Sprache landesweit gesprochen wird, nämlich Finnisch. Dennoch haben sechs Prozent der Bevölkerung Schwedisch als Muttersprache. Die schwedischsprechenden Finnen leben im allgemeinen in zwei- oder schwedischsprachigen Kommunen, vor allem an der Westküste, an der Südküste und in Südwestfinnland. Neben Englisch bietet sich Schwedisch (das für finnischsprechenden Schüler auch als eine Fremdsprache gilt) als Immersionsprache z.B. in der Grundstufe der Gesamtschule an. Die Schulen haben in irgendeiner Form in der Praxis bilingualen Unterricht eingerichtet als „Sprachduche“ oder als „Sprachbad“, wie man hier anschaulich alle möglichen Formen von Immersionsunterricht bezeichnet.

Immerhin wird an sechs Schulen im Land Deutsch ab der ersten Klasse als Unterrichtssprache spielerisch verwendet und zwar bis zur Hälfte der Unterrichtszeit und mitten in finnischer Wohnumgebung auf Initiative aktiver finnischer Eltern und engagierter finnischer DeutschlehrerInnen.

Die Notengebung bewegt sich zwischen 4 (der schlechtesten) und 10 (der besten Note), die Qualifikationsprädikate des zentralen Abiturs bestehen traditionell aus dem Lateinischen entliehenen Termini, von laudatur bis improbatur. In den ersten vier Schuljahren in der Gesamtschule erhalten die Kinder grundsätzlich im Zeugnis nur verbale Bewertungen. Die meisten Schulen erteilen die Noten ab der fünften Klasse, aber häufig in Zusammenhang mit einer verbalen Beschreibung. Grundsätzlich müssen Noten erst ab der 7. Klasse gegeben werden.

Es ist landesweit außerordentlich selten, dass ein Schüler im Versetzungszeugnis die Note 4 erhält und damit die Klasse wiederholen müsste. Nachholprüfungen und Sonderunterricht haben dafür zu sorgen, dass alle Schüler eines Jahrganges die neunjährige Gesamtschule auch tatsächlich in neun Jahren durchlaufen.

Zur Zeit wird am Aufbau einer landesweiten Testbank für die Gesamtschulen gearbeitet. Lehrer sollen in Zukunft von dort Tests abrufen können, um festzustellen, ob die Unterrichtsergebnisse den landesweit angemessenen Standards genügen. Bei den Modelltests orientiert man sich nicht an Maximal- oder Minimalleistungen, sondern allgemein am Niveau, das den Leistungen eines etwas über dem Durchschnitt liegenden Schülers entspricht, d.h. dem Niveau der Notenstufe 8.

Die Schritte in der Schulentwicklung tragen ohne Ausnahmen innovativen Charakter. Dazu zählt auch die seit den 90er Jahren eingeführte Möglichkeit, dass Schüler der gymnasialen Oberstufe (lukio) Kurse in einer (auch virtuell) erreichbaren Berufsschule absolvieren können und umgekehrt Berufsschüler Kurse in einer

gymnasialen Oberstufe belegen. Die Durchlässigkeit soll das Bildungsangebot über Schulgrenzen und Ausbildungssysteme hinweg für den einzelnen Schüler erweitern und gleichzeitig die vorhandenen Ressourcen der Kommunen optimaler ausnützen (Fachräume, Computerräume, Lehrerstellen).

Eine Integration beruflicher und allgemeinbildender Einrichtungen nach schwedischem Vorbild ist in Finnland in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Die Zahl der ausländischen Kinder an finnischen Schulen ist vergleichsweise zu Deutschland gering und liegt prozentual zwischen einem und zwei Prozent. Ihr Herkunftsland ist meistens Russland, Somalia oder das frühere Jugoslawien. Ausländische Schüler haben das Recht auf wöchentlichen Unterricht in ihrer Muttersprache und zwar landesweit unabhängig von ihrem Wohnort. Er wird in einer oder zwei Stunden wöchentlich erteilt. Außerdem erhalten sie besonderen Unterricht in Finnisch als Fremdsprache, der sie schrittweise in den finnischen Muttersprachenunterricht und in den finnischen Fachsprachenunterricht integrieren soll. Ausländische Kinder lernen in einem sogenannten Schulvorbereitungsunterricht Schreiben und Lesen in der finnischen Sprache, bevor sie mit finnischen Schülern unterrichtet werden.

Sowohl die TIMSS als auch die Pisa-Studie haben dem finnischen Bildungssystem gute bis hervorragende Ergebnisse bescheinigt. Darüber empfindet man Genugtuung, bricht aber darüber nicht in Jubel aus.

Die Experten und die Medien waren nach der Veröffentlichung der Pisa-Studie mehr über die Reaktion der Öffentlichkeit vor allem in Deutschland erstaunt als über die Ergebnisse im Land selbst.

Befriedigung empfindet man bei den Architekten des Gesamtschulsystems: Man ging davon aus, dass ein integriertes System in der Grundbildung mehr Chancengleichheit verwirklicht und lag damit nach den Ergebnissen der Pisa-Studie zumindest nicht falsch.

Der nächste Schritt war die umfangreiche Übertragung der fachlichen, finanziellen und pädagogischen Verantwortung auf die Ebene der Kommunen und Schulen. Zwar wünschen sich inzwischen viele Lehrer mehr richtungweisende Elemente in den Lehrplänen, aber nach einer Schulaufsicht alter Prägung sehnt sich niemand mehr.

Seit 2001 haben alle sechsjährigen jungen Finnen das Recht auf vorschulische Erziehung, bevor sie mit sieben Jahren als ABC-Schützen in die erste Klasse eintreten. Die Kommunen stehen in der Verantwortung, diesen Vorschulunterricht, der den Gesamtschulen oder Kindertagesstätten angegliedert ist, zu garantieren. Die Herabsetzung der Unterrichtspflicht auf sechs Jahre ist nicht zu erwarten, denkt man nur an die langen Schulwege und das raue Klima während der langen Wintermonate. Seit 1948 haben alle Schüler des Landes das Recht auf ein kostenloses warmes Schulessen. Deshalb gehört zu jeder finnischen Schule ganz selbstverständlich eine

Schulküche mit festem Personal und einer Mensa. Ebenso selbstverständlich für jede Schule ist die kostenlose zahnärztliche Versorgung mindestens bis zum 16. Lebensjahr alten Schüler. Ebenso gehören zum Schulalltag der schulinterne Service einer Krankenschwester, die Hilfe durch einen Schulpsychologen, die Tätigkeit eines Kurators, der die sozialen Kontakte vor allem in Konfliktfällen mit dem Elternhaus herstellt bzw. aufrechterhält. Dazu kommt die Arbeit einer Schullaufbahnberaterin oder eines Schullaufbahnberaters, die von einer Lehrerin oder einem Lehrer mit spezieller Weiterbildung häufig als Vollzeitbeschäftigung übernommen wird.

Ein deutscher Schulleiter der deutschen Schule Helsinki meint angesichts dieser Einrichtungen: „Das sind alles dringend notwendige Hilfestellungen, die bei uns zu Hause zum Teil auch von Lehrern und von der Schule erwartet werden, die sie aber beim besten Willen nicht ohne äußere Hilfe leisten können“.

Dr. Riitta Piri, MinRätin bis 12/2001 im finnischen Unterrichtsministerium  
Nach der Tätigkeit als Lehrerin (Deutsch und Schwedisch) im Gymnasium und Abendgymnasium arbeitete ich zuerst als Schulinspektorin in Provinzialverwaltung Südfinnland (Etelä - Suomen lääninhallitus), die damals noch zuständig z. B. für Schulaufsichtsfragen hatte. Nach der Tätigkeit im Zentralamt für Unterrichtswesen mit z.B. Lehrplanentwicklung und Sprach- und Waldorfschulen ging ich über zum Unterrichtsministerium, wo ich während 16 Jahren mit dem allgemeinbildenden Schulwesen (Vorschulen, Gesamtschulen und Gymnasialen Oberstufen) sowie mit Schulsprachenpolitik sowie mit Musik- und mit allerlei künstlerischen Schulen, mit EU- und Europarat (Grazer Fremdsprachenzentrum) Zuständigkeiten gehabt habe. Meine Doktorarbeit im Jahre 2001 behandelte Finnische Schulsprachenpolitik in nationalem und internationalem Kontext.

Rainer Domisch, Fachberater für Deutsch in Finnland  
Schuldienst in Baden-Württemberg, dazwischen Auslandsschuldienst an der Deutschen Schule Helsinki, seit 1995 Fachberater für Deutsch mit Dienstsitz im Zentralamt für Unterrichtswesen in Helsinki  
Mitarbeit u.a. im landesweiten Fremdsprachenprojekt KIMMOKE 1995-2000